

RM Striegl verweist auf den bereits bekannten Inhalt des Antrages der Mehrheitsgruppe und ergänzt, dass die Vereine darunter leiden, ihre Vereinsaktivitäten in andere Räume verlegen zu müssen und hier viel abverlangt werde. Die Mehrheitsgruppe suche derzeit nach Alternativen. Der Bürgerverein hätte bereits Ideen zur gemeinsamen Nutzung der Bürgerbegegnungsstätte.

RM Kasig erklärt, den Antrag der Mehrheitsgruppe grundsätzlich unterstützen zu wollen, möchte diesen aber um den Hinweis erweitert wissen, dass auch die von der derzeitigen Nutzung der Bürgerbegegnungsstätte betroffenen Vereine bei den weiteren Gesprächen zu beteiligen seien.

RM Striegl erklärt, sich dem Vorschlag anschließen zu können. Nach weiterem Austausch unter den Ausschussmitgliedern wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

*Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Politik und den betroffenen Vereinen alternative Möglichkeiten zu ermitteln und zu konzipieren, um die Bürgerbegegnungsstätte wieder für die Bürger:innen und Vereine nutzbar zu machen.*